

28. Januar 2013

Energiestrategie 2050

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) – Version 2

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst die Bemühungen des Bundesrates, die Schweizer Energiepolitik und -versorgung neu auszurichten und auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. Sie unterstützt deshalb die Energiestrategie 2050 grundsätzlich. Die Vorlage legt eine gute Basis für die angestrebte Energiewende in der Schweiz. Allerdings ist die Energiestrategie 2050 unseres Erachtens in den folgenden Punkten zu wenig konsequent formuliert:

Grundsätzliche Bemerkungen

- Die Energiestrategie des Bundes muss die **Vision der 2000-Watt-Gesellschaft** zur Grundlage haben. Die Verbrauchs- und Reduktionsziele müssen entsprechend ambitionierter formuliert werden.
- Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit – auch durch den Markt – erstens mehr **Energieeffizienz und –suffizienz** erreicht wird und zweiten die **Substitution von nicht erneuerbaren** durch erneuerbare Energien.
- Die Schweiz muss eine Energieversorgung anstreben, welche das international anerkannte Ziel einer maximalen Erwärmung von 2°C einhalten kann. Dazu braucht es **ein entsprechendes Klimaziel**.
- Damit zusammenhängend: Das erste Massnahmenpaket des Bundes fokussiert zu stark auf den Strombereich und **vernachlässigt den Verbrauch fossiler Energien** (insbesondere im Mobilitätsbereich).
- Eine Gefahr liegt in der **langen Frist** bis 2050. Es ist zu befürchten, dass unbequeme Massnahmen zu lange aufgeschoben werden und die Schweiz den Anschluss bei den erneuerbaren Energien verpasst.

Wichtigste Änderungsvorschläge der EVP

- Die EVP fordert die Einführung einer **Stromlenkungsabgabe** bereits vor der für 2020 in Aussicht gestellten allgemeinen Energieabgabe.

- Im Kernenergiegesetz muss zwingend eine **maximale Laufzeit für die bestehenden Kernkraftwerke** definiert werden. (Damit wird nicht das Ziel verfolgt, eine möglichst kurze Laufzeit festzusetzen.)
- Die Produktions- und Verbrauchsziele sind gemäss der Vision der **2000-Watt-Gesellschaft** zu formulieren.
- Im Gebäudebereich fehlen **mietrechtliche Anreize**, um Sanierungen von Mietwohnungen zu fördern. Weiter fehlen konkrete Massnahmen und Zeitpläne für den Ersatz von Elektroheizungen und Boilern.
- Die EVP fordert eine **CO2-Abgabe auch auf Treibstoffen** sowie die **Streichung aller Fahrkosten- und Pendlerabzüge**.
- Die **Rückerstattung des Netzzuschlags ist ein industriepolitisches Instrument** und soll nicht auf alle Grossverbraucher ausgedehnt werden.
- Bei Neuanlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien in schutzwürdigen Gebieten muss eine **ausgewogene Abwägung zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen** möglich bleiben.
- Die vorgeschlagene **Kontingentierung beim Ausbau der Photovoltaik** ist zu erhöhen.
- **Solarstrom und Solarwärme müssen gleich behandelt werden**. Es verzerrt den Wettbewerb und führt zu Ineffizienzen, wenn Solarzellen subventioniert werden, Sonnenkollektoren jedoch nicht.
- **Keine Subventionierung von WKK-Anlagen**, die mit fossilen Energien betrieben werden. **Primär sollen die Wärmeverbundnetze gefördert werden** (und nicht die Wärmequelle). Diese Netze können auch mit Abwärme der Industrie oder mittelfristig mit der tiefen Geothermie gespeist werden.

Positive Würdigung

Die EVP unterstützt insbesondere

- die Einführung einer **Energieabgabe** ab 2020 (im Rahmen einer ökologischen Steuerreform und unter Ablösung des KEV-Zuschlags und der CO2-Abgabe),
- die Vereinfachung und vor allem die **Entdeckung der kostendeckenden Einspeisevergütung KEV**
- sowie die Verdoppelung des **Gebäudeprogramms** zugunsten einer ausreichenden Erneuerungsrate.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Antworten und Bemerkungen im angehängten Fragebogen.
Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier